

Die Alten kommen mit Macht

Der demografische Wandel wird Schleswig-Holstein radikal verändern: Viel Potenzial für Streit – und für Chancen

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Dass Deutschland immer älter wird, kann man an der steigenden Zahl von Rollatoren festmachen. Man kann auch die jüngste Bevölkerungsprognose studieren, die das Statistikamt Nord im Auftrag der Landesplanung erstellt hat. Danach wird es in Schleswig-Holstein in 15 Jahren rund 80 000 Hochbetagte mehr geben als heute, Menschen also, die älter sind als 80.

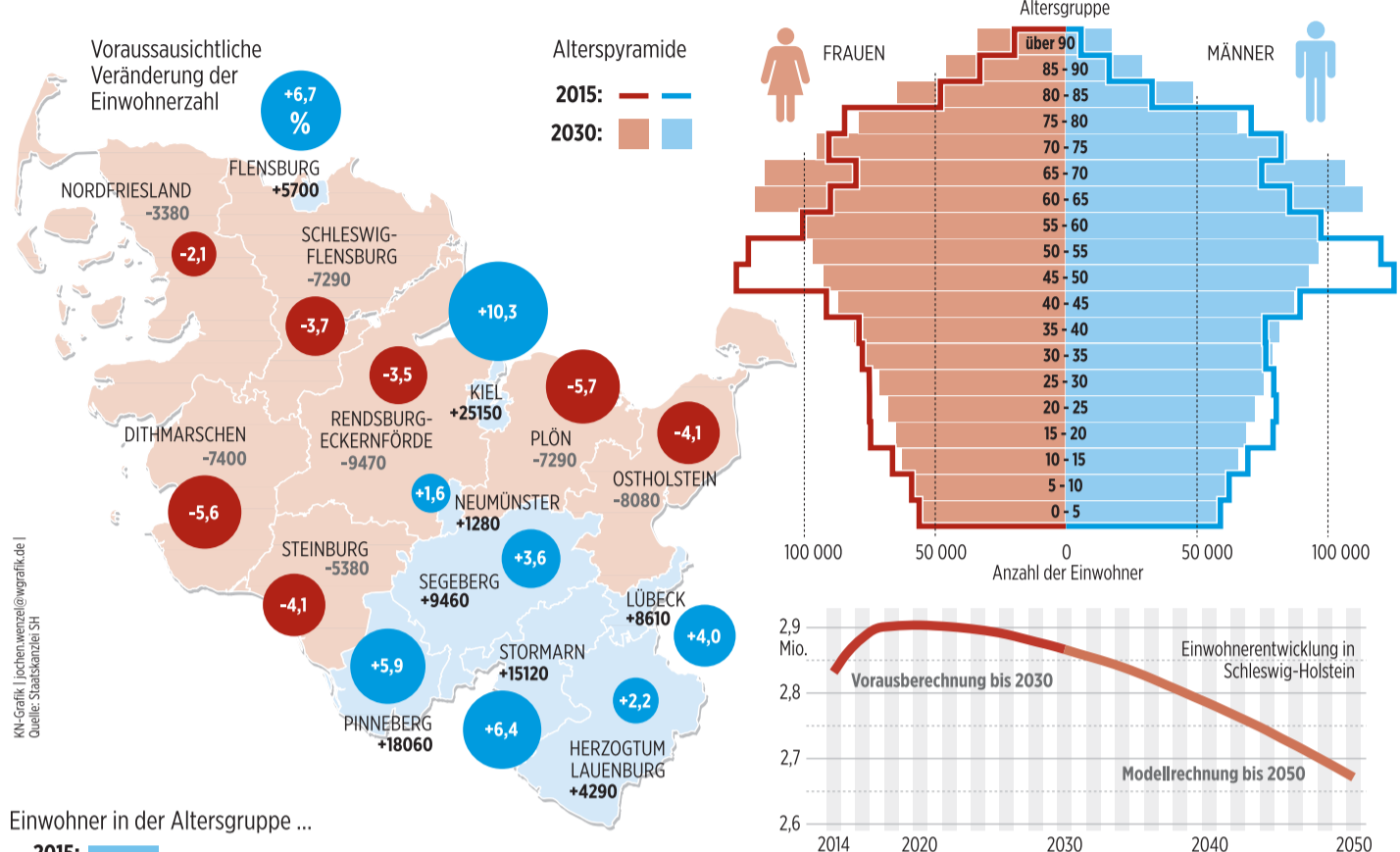
Schon, dass wir alle immer älter werden. Noch schöner wäre es, würden sich nicht die Jungen immer rarer machen. Dass diese Entwicklung unser Rentensystem aus den Angeln hebt, ist Allgemeinut. Ebenso die Feststellung, dass unsere Dörfer auszubluten drohen. Doch der demografische Wandel hat noch eine Komponente – eine, die schwer fassbar ist: Er hat das gefährliche Potenzial, einen Keil zwischen die Generationen zu treiben.

Neulich im Landeshaus: Es tagt

tragslast von den Schultern nimmt. Der Generationenvertrag? „Den hat Andrea Nahles gekündigt, als sie die abschlagsfreie Rente mit 63 eingeführt hat.“ Noch sieht der Liberale keinen Verteilungskampf, doch der drohe, wenn sich die Politik nicht herantraue an den Umbau des Rentensystems, an einen „Cut“ und die schrittweise Einführung der Kapitaldeckung bei der Altersvorsorge.

Auch Peter Schildwächter (72) sieht die Solidarität zwischen den Generationen auf die Probe gestellt. Um die Lasten gerechter zu verteilen und Altersarmut zu bekämpfen, plädiert der Vorsitzende des Landeseniorenrates für eine steuerfinanzierte Grundrente: „Der Topf wird kleiner. Wenn wir bei der Altersvorsorge nicht umsteuern, befürchte ich einen Verteilungskampf.“ Doch Schildwächter sieht neben dem Brocken Rente noch viele Bereiche, in denen es lauter werden könnte zwischen Alt und Jung. Beispiel

Bevölkerungsvorausberechnung 2015 bis 2030 für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein



Einwohner in der Altersgruppe ...

Kreis/Stadt	80 Jahre und älter		unter 20 Jahren	
	2015	2030	2015	2030
Schleswig-Holstein	155 700	239 190	525 800	497 550
Segeberg	12 940	22 180	50 640	48 770
Rendsburg-Eckernförde	14 280	22 970	52 910	45 960
Pinneberg	16 050	25 460	57 740	58 790
Schleswig-Flensburg	10 630	16 750	38 470	32 780
Stromarn	13 440	21 170	45 950	47 560
Plön	7 460	11 710	23 490	20 020
Flensburg	4 330	6 630	14 600	15 570
Steinburg	6 990	10 650	24 760	21 240
Ostholstein	12 920	19 580	33 580	28 660
Nordfriesland	9 190	13 730	30 610	25 930
Neumünster	4 470	6 630	14 570	13 890
Herzogtum Lauenburg	10 710	15 790	37 010	35 260
Kiel	11 140	16 380	39 770	44 830
Dithmarschen	7 890	11 530	25 310	20 830
Lübeck	13 270	18 020	36 400	37 450



Den Generationenvertrag? Den hat Andrea Nahles gekündigt, als sie die Rente mit 63 eingeführt hat.

Dennis Bornhöft (30), Junge Liberale, Kreisvorstand Kiel



Der Topf wird kleiner. Wenn wir bei der Rente nicht umsteuern, befürchte ich einen Verteilungskampf.

Peter Schildwächter (72), Vorsitzender Landeseniorenrat

das Altenparlament. 84 Delegierte fordern weniger Barrieren, mehr Ärzte auf dem Land, mehr Ampeln, Zebrastreifen und Straßenlaternen. Radiomoderatoren mögen bitte deutlicher sprechen und die Steuererklärung soll auch künftig auf Papier möglich sein.

Die Zeiten, in denen Senioren als Minderheit auftreten, die auf den guten Willen der Politik angewiesen ist, diese Zeiten gehen dem Ende entgegen – und das wissen auch die Jungen. Dennis Bornhöft zum Beispiel, Kieler Kreisvorstandsmitglied und Spitzenkandidat der Jungen Liberalen für die Landtagswahl. Nach Überzeugung des 30-Jährigen wird es absehbar ohne Zustimmung der Generation 55plus keine Reform des Rentensystems geben, die den Jüngeren zumindest einen Teil der wachsenden Bei-

Mobilität. Die Debatte um ein Höchstalter für Führerscheinbesitzer oder den Umgang mit Fahrfehlern empfindet Schildwächter als realitätsfremd und diskriminierend: „Wenn ein 40-Jähriger verkehrt in die Einbahnstraße fährt, gibt es ein Bußgeld. Wenn einem 75-Jährigen das passiert, muss er zur Fahrprobe.“

Bornhöft und Schildwächter wünschen sich, dass sich die Generationen auf Augenhöhe begegnen. Und genügend Ansätze dazu gibt es ja. Das WG-Projekt „Wohnen gegen Hilfe“ zum Beispiel und jede Menge ehrenamtliches Engagement. Das schweißt zusammen – löst aber die Konflikte nicht. Um die Machtbalance zwischen Alt und Jung zu wahren, könnte sich Bornhöft eine Absenkung des Wahlalters vorstellen oder sogar ein Familienwahlrecht. Aber was

nützt das Wahlrecht mit 16, wenn junge Erwachsene mit Politik nichts am Hut haben?

Viel zu sehr werde beim demografischen Wandel auf negative Folgen abgestellt, würden Angst und Unsicherheit verbreitet, sagt Claudia Obermeier, Soziologin an der Universität Kiel. Konflikte zwischen Generationen habe es schon immer gegeben. Ohnehin führe die quantitative Betrachtung

auf die falsche Spur: „Wir müssen umdenken“, sagt die Demografie-Expertin und verweist auf die „bizarre Entwicklung“ am Arbeitsmarkt. So passe die starke Leistungsorientierung vieler Arbeitgeber nicht zusammen mit der „in vielen Fällen mangelnden Bereitschaft zu Investitionen, die es ermöglichen, dass auch ältere Arbeitnehmer leistungsfähig sind und bleiben“.

Auch Margit-Haupt Koopmann appelliert an die Kompromissfähigkeit der Personalchefs – mit Blick auf ältere Mitarbeiter, aber auch bezogen auf Jugendliche „mit Ecken und Kanten“. Die Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit ist zuversichtlich, dass der Wandel nicht an unserem Wohlstand nagt – obwohl die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen

Alter landesweit bis 2030 um fast 200 000 schrumpfen wird. „Wir müssen jetzt handeln und alle Potenziale ausschöpfen.“ Vor allem: die Erwerbsquote von Älteren und Frauen erhöhen, die Chancen der Digitalisierung nutzen, qualifizierte Zuwanderung organisieren und den Übergang Schule/Beruf flüssiger gestalten. Viel Stoff also, der nur gemeinsam zu bewältigen ist.

Bösdorf will kein Altersheim werden

Fast 15 Prozent Einwohnerverlust bis 2030 – Der Bürgermeister fühlt sich von der Politik alleingelassen

BÖSDORF. Wenn es so kommt, wie die „kleinräumige Bevölkerungsprognose“ für den Kreis Plön sagt, dann wird die Gemeinde Bösdorf im Jahr 2030 noch 1180 Einwohner zählen – 200 weniger als heute. Mit einem prognostizierten Aderlass von annähernd 15 Prozent wäre Bösdorf damit trauriger Spitzenreiter im Kreis, der im Schnitt 5,7 Prozent seiner Einwohner verliert. Dabei ist es nicht so, dass die Menschen in Bösdorf keine Kinder mehr bekämen. Im Gegenteil: Die Kita ist voll, die Warteliste lang. Doch diese Zeiten sind bald vorbei, wenn man den Regionalforschern vom Hamburger Beratungsunternehmen Gewos glaubt: „Neben der dezentralen Lage der meisten Äm-



Hat kein großes Vertrauen in Bevölkerungsvorausberechnungen: Bürgermeister Joachim Schmidt.

nichts anderes, als dass es die Menschen immer stärker in die benachbarten Zentren zieht. Nach Plön zum Beispiel. Vor allem nach Kiel. Aber eben nicht nach Bösdorf.

Joachim Schmidt ist 71 und seit 23 Jahren Bürgermeister von Bösdorf. Mit erster Miene sitzt der Jäger, Ex-Soldat und Landwirt im Ruhestand an seinem Schreibtisch, jede Menge Akten vor und jede Menge Leitz-Ordner hinter sich. Aber die ernste Miene, die kommt nicht von den fast 15 Prozent. Denn so recht glauben will Schmidt solchen Zahlen nicht. „Hier steht kein Haus lange leer. Wenn ältere Eigentümer verkaufen, ziehen sofort junge Familien ein.“ Nein die Zahlen

mögen alle sorgfältig berechnet sein, aber morgen, da könne die Welt schon wieder ganz anders aussehen.

Die ernste Miene, die kommt, wenn Schmidt an die Landes- und Kreispolitik denkt, an den Kommunalen Finanzausgleich, an Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen und die Tatsache, dass eine Gemeinde wie Bösdorf finanziell gar nicht die Kraft habe, sich auf den demografischen Wandel vorzubereiten: „Da lässt man uns hängen“, sagt der Bürgermeister und denkt daran, was es für ein riesiger Kraftakt war, das neue Feuerwehrhaus zu bauen. 1,2 Millionen Euro – mehr als die Hälfte eines Jahresetats. Und wie sehr das Dauerthema Kindergarten



Viertgrößter Kostenblock im Gemeinde-Etat: die Kita. Probleme, die 34 Plätze zu füllen, gibt es bislang nicht. FOTOS: DAHL (3), REBEHN

die Gemeinde finanziell stresst. Bei der Instandhaltung seiner 65 Straßenkilometer komme Bösdorf kaum hinterher. „Wir haben keine Investitionskraft“, sagt der Bürgermeister und findet das fast beschämend.

Aber Joachim Schmidt will nicht jammern, sondern alles tun, damit Bösdorf kein Altersheim wird. Und so hat sich der CDU-Mann für die letzten

knapp zwei Jahre seines Bürgermeisterdaseins eine To-Do-Liste gemacht. Darauf steht ein Gebietsentwicklungsplan über Gemeindegrenzen hinweg und die Idee eines interkommunalen Gewerbegebietes. Dicke Bretter sind das. Aber wenn die Zahl der Einwohner schrumpft, könne eben nicht mehr jeder Bürgermeister sein eigenes Süppchen kochen. met